

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

12.3.1929 (No. 60)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Verantwortlicher
Redakteur
Nr. 983
und 984
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Menn
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschließlich Anzeigengebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Karlsruher Zeitungs- und Verlagsanstalt zu bezeichnen ist und vorbehalten werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung, Konkursverfahren fällt der Fall die Zeitung verpackt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unerlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Schacht in Berlin

Die Aussichten der Pariser Konferenz

M. Berlin, 12. März. (Priv.-Tel.) Die Anwesenheit des Reichsfinanzpräsidenten Dr. Schacht in Berlin, der heute der Hochzeit seiner Tochter beiwohnt, wird nur wenige Stunden dauern, da er bereits morgen zu den Beratungen der Sachverständigenkonferenz wieder in Paris sein muß. Es handelt sich hier im wesentlichen nur um eine kurze Berichtserstattung an das Reichskabinett über die in Paris aufgetauchten finanziellen Fragen. Dabei ist von vornherein festzustellen, daß in Berliner politischen Kreisen keinerlei Optimismus mehr herrscht. Bezeichnend ist es übrigens, daß in London eine ganz ähnliche Stimmung vorhanden ist, wobei man allerdings die Schuld den Deutschen zuschiebt und behauptet, sie trägen mehr als Poltiker, denn als Sachverständige auf. Es wäre eine Verständigung über die technischen Fragen möglich. Dazu ist natürlich zu bemerken, daß für uns die Frage der politischen Tragbarkeit eines Kompromisses angeht, der bei uns bestehenden Verhältnissen ganz anders ins Gewicht fällt, als für die Engländer mit ihrer stabilen Regierungsmehrheit.

Die Reparationsbank

In der Vollziehung der Sachverständigenkonferenz am Montag wurde die Beratung über die Funktionen der geplanten Reparationsbank fortgesetzt. Unter anderem erstattete Dr. Schacht und Sir Josiah Stamp Bericht. Im wesentlichen bestand Einverständnis darüber, daß die neue Bank schon wegen der beabsichtigten Kreditgewährung zur Förderung des Welt-handels ein ziemlich großes Kapital benötigen wird, dessen Beschaffung naturgemäß einige Schwierigkeiten bereitet. Es scheint, daß innerhalb der Konferenz volle Einstimmigkeit über die Notwendigkeit der Gründung besteht und daß die Schaffung der Zentralbank gesichert ist unter der Voraussetzung, daß eine Einigung über die Zahlungen zustande kommt. Über einzelne Aufgaben der neuen Gründung bestehen allerdings noch verschiedene Ansichten. Die nächste Vollziehung der Konferenz findet Mittwoch nachmittag statt.

Nach dem „Temps“ beziehen sich die innerhalb der Konferenz noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten in erster Linie auf die kreditbarmachenden Befugnisse, die der neuen Reparationszentrale übertragen werden sollen. Es seien vor allem Befürchtungen hinsichtlich der Unabhängigkeit der Emissionsbanken gegenüber der internationalen Bank geäußert worden. Man habe ferner die Frage aufgeworfen, ob eine internationale Bank, die, wenn man die Reparations- und internationalen Schulden zusammennähme, etwa 20 Milliarden Dollar zu verwalten hätte, nicht eine Macht besäße, die unter gewissen Umständen gegen die Regierungen ausgeübt werden könnte.

„Journal“ schreibt, daß bei den gestrigen Verhandlungen folgende Stellungen eingenommen worden seien; Frankreich und Belgien unterstützen den amerikanischen Plan einer Bank für internationale Zahlungen, um hohe, möglichst gut garantierte Zahlungen zu erhalten. Frankreich sei unbedingt entschlossen, sich an den von Poincaré in den Neben von Chambery und Caen zum Ausdruck gebrachten Gedanken zu halten, nämlich restlose Zurückzahlung der Schulden plus Rückerstattung der Wiederaufbaukosten. England sei für den gemeinschaftlichen Organismus, dessen Funktion auf die Reparationszahlungen begrenzt sei, weil seine Interessen sich auf die Liquidierung der Schulden beschränken. Deutschland das natürlich so wenig wie möglich zahlen wolle, lasse sich nicht beeinflussen durch die Drohungen mit Kreditbeschränkungen, weil es wisse, daß die Amerikaner schon 10 Milliarden Reichsmark in Deutschland angelegt haben und gezwungen seien, das zu berücksichtigen.

England und die Sachlieferungen

M. London, 12. März. (Tel.) Der Pariser Korrespondent der „Times“ meldet: In maßgebenden politischen Kreisen glaubt man, daß die Frage der Sachlieferungen noch nicht akut geworden ist. Großbritannien ist Sachlieferungen ungünstig gesinnt, sogar Sachlieferungen in dem Umfang, wie er zur Zeit besteht, da es darauf einen erheblichen Teil der Verminderung seines Ausfuhrhandels zurückführt. Besonders die Kohlenindustrie von Süd-Wales klagt darüber, daß ihr ausländischer Markt durch Lieferungen deutscher Kohle nach Italien zerstört worden ist. Die britische Regierung würde dagegen Einspruch erheben, daß das System der Sachlieferungen eine Erweiterung erfährt. Zur gleichen Zeit erkennt sie an, daß wohl schwerlich von Deutschland zu erwarten wäre, daß es, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, mit einem Schlage eine so vorteilhafte Methode aufgibt. England werde vielleicht bereit sein, einen gewissen Bruchteil der Reparationsleistungen in Gestalt von Sachlieferungen anzunehmen. Aber es ist dann auf angemessene Schutzmaßnahmen für die eigene Industrie dringen.

Albert Frank-Heine wurde, wie aus Antwerpen gemeldet wird, wegen Plagiat eines Romans von Conan Doyle zu 1000 Franken Schadenersatz verurteilt. Die Zeitung, die das Manuskript Franks abgedruckt hat, ist als mitverantwortlich für das Plagiat verurteilt worden, und hat sich für die Aufbringung der Geldstrafe.

Die Madrider Studentenunruhen, die, wenn auch in geringem Umfang, den ganzen Montag andauerten, führten auch zu Störungen vor dem Wohnsitz Primo de Rivera's, vor dem Kriegs- und Unterrichtsministerium. Einige Personen wurden verhaftet.

Letzte Nachrichten

Die Rheinlandräumung

Resultatlose Fühlungnahme in Genf

M. Berlin, 12. März. (Priv.-Tel.) Auf dem Weg über London erfährt man, daß bei den Genfer Besprechungen auch die Rheinlandfrage eine gewisse Rolle gespielt hat, wobei die Initiative von Chamberlain ausging, da die konservative Partei in England sehr gerne eine Vereinigung dieser Angelegenheit vor den Wahlen im April haben möchte. Es wird dabei gesagt, daß man sich auf deutscher Seite sehr kühl verhalten hat. Der Grund liegt darin, daß sowohl Chamberlain wie Briand wieder auf den alten Plan einer Schiedsinstanz oder Feststellungskommission für spätere Konflikte (d. h. gewissermaßen Rheinlandkontrolle über 1935 hinaus) zurückgekommen sind und daß hier beratende Schwierigkeiten vorhanden sind, die sich nicht im Augenblick überwinden lassen.

Eine Abrüstungskonferenz im Juni

M. Paris, 12. März. (Tel.) Dem „Devoir“ wird aus Genf zur Verhandlung der Frage der Abrüstung berichtet, daß, wenn sich auch keine der großen Seemächte zum Ausdruck ausgesprochen habe, so doch auch keine grundlegende Einwendung gegen den Zusammenritt einer Konferenz in Genf am 15. Juni gemacht habe, die nach dem ersten Vorschlag des Vorsitzenden der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, London, die Frage der Einschränkungen der Rüstungen zur See prüfen werde.

Das englische Marinebudget

M. Washington, 12. März. (Neuer.) Der Vorsitzende des Marineauschusses des Repräsentantenhauses, Britten, erklärte gestern abend, das britische Marinebudget sei seines Erachtens ein Zeichen dafür, daß Großbritannien eine Flotte haben wolle, die den kombinierten Seestreitkräften aller Nationen gleich sei. Alles Verstehe über Verlangsamung des Tempos des britischen Flottenbaus sei ein Wader für die Internationalisten und Pazifisten in den Vereinigten Staaten.

Eine Stiftung Fernand Douvillon

M. Paris, 12. März. (Tel.) Wie der „Petit Parisien“ berichtet, hat Fernand Douvillon, der gemeinsam mit Prof. Auclade im Jahre 1927 den Nobelpreis erhielt, diesen Preis in Höhe von 300 000 Franken dem Staat zur Errichtung einer Stiftung geschenkt, deren Zinsen zur Verbreitung des Werks des Völkerbundes in den Schulen und in den Kreisen des Volkes und zur Gewährung von Unterstützungen bei Reisen von Lehrern zur Teilnahme an internationalen Kongressen dienen sollen.

Päpstliche Ordensauszeichnung für Mussolini und den König

M. Rom, 12. März. (Tel.) Eine Kommission von Mitgliedern des Ordens vom hl. Grab, zu der auch ein Neffe des Papstes gehörte, überreichte Mussolini die Insignien des Großkreuzes des Ordens vom hl. Grab. Die gleiche Kommission hatte vorher dieselbe Ordensauszeichnung König Victor Emanuel überreicht.

Die französischen Repräsentationszulagen

M. Paris, 12. März. (Tel.) Das „Echo de Paris“ behauptet, daß die französischen Botschafter und Gesandten im Ausland seit dem 1. Januar ihre Repräsentationszulage nicht mehr erhalten hätten, obgleich das Außenministerium verschiedentlich deswegen beim Finanzministerium vortrefflich geworden sei, und daß es die Zahlungen angewiesen habe. Das Finanzministerium habe sogar erklärt, daß es nicht wisse, wann dieser Zustand aufhören werde.

Abstimmungswirwar im Warschauer Senat

M. Warschau, 12. März. (Tel.) Der Senat hat gestern die Abstimmungen über das Budget fortgesetzt. Da das Präsidium den recht komplizierten Abstimmungsmechanismus nicht beherrschte, kam es zu einer Reihe von Zufallsereignissen, wodurch Beschlüsse im Budgetauschuss wieder umgestoßen werden. Die Verwirrung ging zeitweise so weit, daß die Senatoren gar nicht wußten, worüber sie gerade abstimmen. Der Senat stellte u. a. den im Sejm um 2 Millionen vergrößerten Dispositionsfonds des Kriegsministeriums in seiner ursprünglichen Höhe nicht wieder her, obgleich bereits der Budgetauschuss des Senats die Wiederherstellung beschlossen hatte. Im Zusammenhang mit der Rede Marsjall Bilubski's gewinnt diese Schlappheit der Regierung besondere Bedeutung. Dagegen stellte der Senat den Dispositionsfonds des Ministers des Innern, General Skladowski, der im Sejm gänzlich gestrichen wurde, wieder her.

Gegen die Abwanderung der Landbevölkerung in Italien. Die römischen Zeitungen berichten, daß im Laufe des vergangenen Jahres bereits die ersten Wirkungen der Politik der Regierung gegen die Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte sich eingestellt haben. Die Abwanderung war weniger stark als im Vorjahre. Am meisten machte sich das in Mailand und in Rom bemerkbar. Dagegen zeigte sich in Turin eine leichte Zunahme der Zuwanderung gegenüber dem Jahre 1927.

* Um die Wehrmacht

Es ist durchaus begreiflich, daß sich die gesamte Öffentlichkeit für die Frage interessiert, welche Stellung die sozialdemokratische Partei zur Wehrmacht einnimmt. Bekanntlich ist von der Partei eine Kommission eingesetzt worden, welche die Aufgabe hatte, ein Wehrprogramm auszuarbeiten, und dieses dem nächsten Parteitag zu unterbreiten. Das Programm liegt schon seit einiger Zeit vor. Es stellt im wesentlichen einen Kompromiß dar, geht aber doch von der Einsicht aus, daß Deutschland unter den gegebenen Umständen eine Wehrmacht nicht entbehren kann, und daß demgemäß auch die sozialdemokratische Partei diese Notwendigkeit grundsätzlich und in der Praxis zu bejahen habe, vorbehaltlich aller besonderen Wünsche, wie sie sich aus dem Parteiprogramm sonst ergäben.

Auf dem kommenden Parteitag werden die sich befindenden Meinungen wohl ziemlich heftig aufeinandergeplagt, wenn die Angelegenheit auf die Tagesordnung gesetzt wird. Über die Haltung der Masse der Parteimitglieder läßt sich Genaues nicht sagen. Tatsache ist jedenfalls, daß ein ziffernmäßig sicherlich nicht kleiner Bruchteil jene positive Einstellung zur Wehrmacht ablehnt.

Im Karlsruher „Volksfreund“ sind lektin mehrere Artikel veröffentlicht worden, die in beachtlicher Weise für die Wehrmacht eintreten. Es geschieht das im allgemeinen nicht aus einer besonderen Vorliebe für militärisches Wesen, sondern eben aus der klaren Erkenntnis heraus, daß Deutschland, wie überhaupt jeder Staat, unter den heutigen Verhältnissen eine Wehrmacht braucht, und daß eine jede Partei die Pflicht hat, daraus auch praktisch die Konsequenzen zu ziehen, das heißt, durch Bewilligung der als notwendig erkannten Mittel die Existenz der Wehrmacht zu sichern.

In einem seiner Artikel drückte der „Volksfreund“ eine Zuschrift ab, die ein Reichswehrangehöriger im „Vorwärts“, dem Berliner Zentralorgan der Partei, publiziert hatte. In dieser Zuschrift wurde zunächst die irrije Auffassung bekämpft, daß die gesamte Reichswehr in der Wurzel reaktionär sei, und daß man der Reichswehr kein Vertrauen entgegenbringen könne. Es wurde im Gegenteil betont, daß im Mannschafsstand bis in den Kreis der Unteroffiziere hinein durchaus zuverlässige Elemente vorhanden seien, daß aber gerade diesen Elementen die Bekundung ihrer Überzeugung recht schwer gemacht werde durch die Art und Weise, wie von einzelnen Teilen der Arbeiterschaft die Reichswehr verunglimpft und beschimpft werde.

Das sind sehr ernst zu nehmende Ausführungen, die sich vollkommen mit dem decken, was auch wir seinerzeit schon mehrfach betont haben, nämlich, daß die Haltung einzelner Schichten unseres Volkes der Reichswehr als solchen gegenüber gewiß nicht geeignet ist, die Gegensätze zu überbrücken. Es gibt in der Tat in der Reichswehr republikanisch gesinnte Volksgenossen, so daß es sich jeder dreimal überlegen sollte, bevor er diese Institution in Kauf und Bogen verurteilt.

Natürlich wendet sich die Zuschrift des Reichswehrangehörigen im „Vorwärts“ gegen die Idee des radikalen Flügels, die Wehrmacht überhaupt abzuschaffen. Es würde ein sehr schwerer Fehler sein, wenn auf dem Parteitag der Sozialdemokratie der Kampf gegen die Reichswehr proklamiert werden sollte.

Was die politische Richtung der Offiziere betrifft, so leugnet die Zuschrift nicht, daß noch ein großer Teil der Offiziere Monarchisten sind, daß aber auch Freunde der Republik vorhanden seien. Um der Gerechtigkeit willen muß übrigens festgestellt werden, daß jene Monarchisten immer wieder versichert haben, sie würden den der Republik geschworenen Eid unter allen Umständen halten.

Die Redaktion des „Volksfreund“ hat zu der Zuschrift im „Vorwärts“ Bemerkungen gemacht, die gleichfalls Interesse verdienen. Sie lauten in der Hauptsache:

„Die Sozialdemokratie könnte, schon von innerpolitischen Gesichtspunkten aus betrachtet, nichts Verfehlteres und Fährlicheres tun, als sich in eine Kampfstellung gegen die Reichswehr zu begeben. Das Deutsche Reich kann unter den einmal leidet gegebenen Verhältnissen einer gewissen Wehrmacht nicht entraten, deshalb muß die größte politische Partei Deutschlands um diese Wehrmacht, aber nicht gegen sie kämpfen... Wir glauben die Reichswehr auch einermachen zu können, und wir haben deshalb stets bestritten, daß die Reichswehr insgesamt als gegen die gegenwärtige Staatsform oder gegen die Arbeiterschaft in besonderen eingestell beurteilt werden darf. Und wir wissen auch, daß im Offizierskorps der Reichswehr hinsichtlich der Einstellung zum gegenwärtigen Staat sich langsam aber sicher Wandlungen vollziehen. Frei-

Mit der Beilage: 16. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

lich, wenn der Reichswehr mit einem „Wehrprogramm“ entgegengetreten würde, wie es im Klassenkampf die Genossen Levi, Sehdewitz und Strödel versuchen, würde die Sozialdemokratie nicht nur überreichlich Wasser auf die Mühlen der Reaktionen leiten, sondern auch den Offizieren der Reichswehr, denen monarchistische und reaktionäre Gedankengänge noch stark eigen sind, neue Nahrung für die Festigung ihrer Anschauungen liefern.“

Nach tiefer in das Problem dringt ein anderer Artikel vor, den der von uns schon mehrfach zitierte, mit drei Sternen zeichnende etatschverständige Mitarbeiter des „Volksfreunds“ dieser Tage veröffentlicht hat. Dort heißt es:

„Die völlige Wehrlosmachung eines Volkes würde diesem bald die Grundlagen seiner Existenz rauben. Der Menschheit Ziel muß sein, ohne Wehrhaftigkeit auszukommen, soziale Kämpfe ohne Ausperrungen und Streiks zu führen. Krieg wie Ausperrungen und Streiks bedeuten immer die Anwendung eines zweischneidigen Schwertes, Sieger wie Besiegte haben hinterher für die Schäden einzustehen. Das Schiedsgerichtsverfahren für alle Streitfälle der Menschheit wie der Völker wird als Behelfsmittel zur Behebung derselben Geltung finden müssen, in der Zukunft mehr noch als in der Gegenwart, und vor allem wird die Einrichtung der schiedsgerichtlichen Strafe ins Auge zu fassen sein gegen jeden, der Friede und ohne Not den Frieden bricht. Der Idee des Friedens und jener des Ausgleichs von Differenzen mit friedlichen Mitteln gehört die Zukunft. Bis dahin aber ist die Wehrhaftmachung des Volkes zum Zwecke der Abwehr und der Verteidigung unerlässlich, solange insbesondere mit Rücksicht in die Barbarei zu rechnen ist und die Völker von einer gleichmäßigen Abrüstung noch sehr weit entfernt sind. Den Gewerkschaften ergeht es ja auch nicht anders. Sie sind Anhänger des Schiedsverfahrens für Lohn Differenzen; nicht ohne Widerspruch vieler ihrer Mitglieder sind sie dies. Sobald aber die für die Erzielung einer Verständigung in Frage stehenden Maßnahmen ihren Zweck verfehlen, müssen sie auch mit Ausperrungen und je nachdem auch mit Streiks rechnen — bis die Idee des Schiedsverfahrens allein noch das Gesichtsfeld behauptet. Wer mit dem Satz operiert: jede Wehrhaftmachung des Volkes bedeutet Entfaltung der Kriegsgefahr, der stellt sich eben außerhalb des Weltgeschehens, der täuscht sich eine erdichtete Welt vor und wird infolgedessen von Zeit zu Zeit immer wieder durch die harten Tatsachen einen Schlag vor den Kopf bekommen. Keine politische Partei kann sich in dieser Frage außerhalb der Volksgemeinschaft bewegen, jede muß sich mit diesem Problem ernstlich und verantwortlich auseinandersetzen. Nur Seiten, die sich frei fühlen von jeder politischen Verantwortung, können sich gleichsam in einem luftleeren Raum bewegen.“

Wenn eine derartige Auffassung innerhalb der Gesamtpartei zum Siege gelangen sollte, wäre das sicherlich ein Sieg der Vernunft, den man im Interesse des großen Ganzen nur begrüßen könnte.

Das internationale Arbeitsamt und der Achtstundentag

Tagung des Verwaltungsrats in Genf

Die Revision des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag, die seit Anfang vorigen Jahres auf englische Initiative wiederholt den Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes beschäftigt hat, bildet in dessen am Montag in Genf begonnenen 43. Tagung wieder den Hauptgegenstand der Tagesordnung. Die Sitzung begann sofort mit der Begründung der nunmehr vorliegenden englischen Revisionsvorschläge durch den nunmehr vorliegenden englischen Revisionsvorschlages durch den englischen Arbeitsminister, Steel Maitland, der, wie auch Arbeitsminister Wiffel, und der französische Arbeitsminister, Loucheur, persönlich teilnimmt.

Steel Maitland führte verschiedene Räden an, die nach englischer Auffassung im Washingtoner Abkommen vorhanden seien, und den Grund für die bisherige Nichtratifizierung durch England bildeten. Insbesondere beanstandete er die mangelnde Definierung von Arbeitszeit, Arbeitsstunde, Arbeitswoche, ferner die Fälle höherer Gewalt, in denen die 48-Stunden-Woche ausnahmsweise überschritten werden könne, der Überstunden und Ausnahmefälle. Eine nach den jetzigen englischen Anregungen revidierte Washingtoner Konvention könnte von England alsdann sofort ratifiziert werden.

Reichsarbeitsminister Wiffel entwickelte hierauf die deutsche Stellungnahme. Fast alle Fragen, die die englische Regierung aufgeworfen habe, seien bereits Gegenstand der Londoner Besprechungen im Jahre 1926 gewesen. Deutschland sei der Ansicht, daß die damals erzielte praktische Sicherheit einer einheitlichen Auslegung eine ausreichende Grundlage für die Ratifizierung abgeben könnte. Deutschland habe dem Reichstag den großen Gesetzentwurf des Arbeitsschutzgesetzes vorgelegt, der die letzten Hindernisse der Ratifizierung beseitigen soll. Wäre es nicht zweckmäßig, zunächst einmal das Übereinkommen in seiner bisherigen Fassung zu ratifizieren und die sich erstrebenswerte weitere Verbesserung der Entwicklung anheimzustellen? Deutschland ist bereit, diesen Weg zu gehen. Wiffel regte an, die in London erzielten Auslegungen des Abkommens in ein Zusatzabkommen oder auch in das Washingtoner Abkommen selbst aufzunehmen, um damit die von England gewünschten schärferen Begriffsbestimmungen in allen wichtigen Punkten festzulegen.

Nach Reichsarbeitsminister Wiffel teilte der deutsche Unternehmensvertreter, Geheimrat Bogel, mit, daß die gesamten im Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes vertretenen Unternehmensgruppen die englische Anregung insgesamt unterstützen.

Landwirtschaftlicher Zusammenschluß in Rheinland-Westfalen

Die Beauftragten der landwirtschaftlichen Verbände von Rheinland und Westfalen (Bauernvereine und Landbünde) beschloßen am Montag in Dagen (Westfalen), vorbehaltlich der Genehmigung der zuständigen Organe: 1. In jeder der beiden Provinzen schließen sich Bauernverein und Landbund sofort zu einer provinzialen Einheitsorganisation zusammen. 2. Die Spitzenverbände in Berlin werden aufgefordert, sich alsbald zu einer Einheitsorganisation zu verschmelzen. 3. Sollte bis zum 1. Oktober 1929 die geforderte Reichseinheitsorganisation nicht ins Leben getreten sein, so richten beide Provinzialeinheitsorganisationen an alle agrarpolitischen Vereinigungen Deutschlands die Aufforderung, mit ihnen zwecks Gründung einer Reichseinheitsorganisation in Verbindung zu treten.

Die Lohnbewegung bei der Reichsbahn. Die Gewerkschaften der bei der Reichsbahn Beschäftigten Angehörigen und Arbeiter haben am Montag ihre Forderungen überreicht. Sie verlangen eine Erhöhung des Grundlohnes um 6 Pf., was einer Belästigung der Reichsbahn von 81 Millionen gleichkommt.

Reich und Länder

Die Vorschläge des Unterausschusses der Länderkonferenz

Im Unterausschuß der Länderkonferenz, der sich mit der künftigen Organisation von Reich und Ländern beschäftigt, haben sich die vier Referenten auf einen gemeinschaftlichen Vorschlag geeinigt, wobei allerdings vom Reich noch Vorbehalte erhoben wurden. Das gemeinsame Referat ist von den vier Referenten: Staatspräsident Holz (Württemberg), Ministerialdirektor Dr. Brecht (Preußen), Bürgermeister Petersen (Hamburg) und Ministerialdirektor Dr. Voetsch-Heffter (Sachsen), unterzeichnet. Die drei erwähnten Herren sitzen als Vertreter ihres Landes, der letzte als persönlicher Sachverständiger in der Länderkonferenz. Das gemeinsame Referat ist ein umfangreiches Dokument.

In einer längeren Vorbemerkung wird darauf hingewiesen, daß die Lösung die Nachteile vermeiden müsse, die sich aus dem Nebeneinanderbestehen einer Regierung für das ganze Reichsgebiet und einer Regierung für mehr als zwei Drittel des Reichsgebietes ergeben können. Die Reichsministerien müssen in unmittelbare Verbindung mit der allgemeinen Verwaltung treten. Überall müssen Verwaltungsgebiete angefügt von der Größe der preussischen Provinzen und der größeren Länder geschaffen werden.

Die einheitlichen Vorschläge, die sich auf die bisherigen preussischen Provinzen und die großen Länder aller Art beziehen, sind in vier Kapitel zusammengefaßt. Davon behandelt das erste die Organisation der Länder und sieht vor:

Die preussischen Provinzen

werden — vorbehaltlich territorialer Änderungen — Länder,

a) deren Verfassung gemeinschaftlich durch zentrale Gesetzgebung festgesetzt wird;

b) denen eine Zuständigkeit zur Gesetzgebung nur zukommt, soweit sie ihnen besonders übertragen wird;

c) in deren Gebiet neben der Verwaltung durch die Landesbehörden (Provinzialbehörden) und Reichsbehörden (zum Beispiel Post und Eisenbahn) eine allgemeine Reichsverwaltung nach Art der bisherigen preussischen Staatsverwaltung, vorbehaltlich von Zuständigkeitsverschiebungen, besteht.

Zu dem Begriff „Länder“ ist in den Vorbemerkungen ausgeführt worden, daß die Vorschläge es abichtlich vermeiden, die preussischen Provinzen weiter als „Provinzen“ eines staatsrechtlich einheitlichen „Reichslandes“ zu behandeln, weil eine solche Form, eine solche Differenzierung, eine Reihe von Nachteilen haben würde, die es zweckmäßig erscheinen lassen, das norddeutsche Gebiet in der staatsrechtlichen Form und in den Bezeichnungen nicht so sehr verschieden von den anderen Ländern zu behandeln. Die Vorschläge gehen hier noch davon aus, daß der Länderbegriff der Reichsverfassung eine Erweiterung erfährt, so daß er auch für die Länder der stärker zentralisierten Verwaltungsform („Länder neuer Art“) paßt.

In den Organisationsvorschlägen wird dann weiter ausgeführt, daß

die Verfassungsgrundlage über die Wahlen zur Volksvertretung

in den Ländern auf alle Länder Anwendung finden sollen. Der Verfassungsgrundsatz, daß die Landesregierungen des Vertrauens der Volksvertretung bedürfen, wird dahin ergänzt: Die Landesverfassung kann vorsehen, daß die Landesregierung auf bestimmte Zeit, jedoch höchstens für die Dauer der Wahlperiode, bestimmt wird. Die Regierung bedarf in diesem Falle der Erklärung des Vertrauens beim Amtsantritt; sie muß zurücktreten, wenn ihr das Vertrauen später mit Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten entzogen wird. In dem gemeinschaftlichen Verfassungsgesetz für die preussischen Länder neuer Art ist ihre Verfassung den bestehenden preussischen Provinzialverfassungen (Landeshauptmann, Landtag, Landesauschuß) nachzubilden. Der Landeshauptmann wird auf bestimmte Zeit vom Landtag gewählt und von der Reichsregierung bestätigt.

Eine Angleichung zwischen den preussischen und den übrigen großen Ländern und zwischen diesen untereinander durch Typisierung der obersten Landesorgane nach Bezeichnung, Zahl der Mitglieder und Berufsart, ist reichsrechtlich nicht erforderlich, weil mit Rücksicht auf die geschichtliche Entwicklung von einem Zwang in dieser Richtung abgesehen werden soll. In allen Ländern sollen untere Kommunalverbände des öffentlichen Rechts (Kreise) bestehen.

Für die Organisation der unmittelbaren Reichsverwaltung in den Ländern werden in Kapitel 2 folgende Vorschläge gemacht:

Die zivilen Reichsbehörden in den Ländern sollten im Interesse der Verwaltungsvereinfachung in der Spitze zusammengefaßt werden. Der Amtsbezirk des mit dieser Oberaufsicht über die zivilen Reichsbehörden betrauten Beamten stimmt mit dem Landesbezirk überein. Zwischen dem obersten Reichsbeamten und der Regierung des Landes ist eine möglichst enge Verbindung herzustellen, und zwar entweder durch Personalunion oder wenigstens regelmäßige Besprechungen aller gemeinsamen Angelegenheiten zwischen der Reichsregierung und dem obersten Reichsbeamten. Die Postbehörden können, soweit erforderlich, von der Unterstellung unter die Oberaufsicht ausgenommen werden.

Im dritten Kapitel werden Richtlinien für die Organisation der Auftragsverwaltung

zwischen Reich und Ländern aufgestellt; danach kann die Reichsregierung in Auftragsangelegenheiten Anweisungen aus dem Gesichtskreis der Gesetzmäßigkeit und der Zweckmäßigkeit geben. Die Anweisungen dürfen sich im wesentlichen nur an die obersten Landesbehörden und nur mit ihrer Zustimmung an eine ihnen untergeordnete Stelle richten. In Angelegenheiten der Auftragsverwaltung hat die Reichsregierung ein unbegrenztes Recht auf Erteilung von Auskünften, das Recht zu Besichtigungen an Ort und Stelle und auf Akteneinsicht.

Das vierte Kapitel, das

die Organisation der zentralen Regierung und Gesetzgebung behandelt, sieht vor:

1. Eine besondere preussische Zentralregierung fällt fort.

2. Die preussischen Ministerien werden, soweit nicht bestimmte Aufgaben durch Übertragung an die bisherigen Provinzen als Länder fortfallen, mit den Reichsministerien vereinigt. Soweit erforderlich, wird die Zahl der Reichsministerien erhöht.

Für die preussischen Länder werden zwei mögliche Wege der zentralen Gesetzgebung zur Entscheidung gestellt:

Vorschlag a), für den Voetsch-Heffter, Holz und Petersen bei Ablehnung des Vorschlages b) auch Brecht zeichnen, ist für die Vereinigung des preussischen Landtages mit dem Reichstag.

Vorschlag b) (Brecht) will, daß die gemeinschaftlichen Gesetze für die preussischen Länder ein auf ihnen gewählter gemeinschaftlicher Landtag mit Zustimmung der Reichsregie-

rung beschließt oder, wenn keine Übereinstimmung erzielt wird, der Reichstag mit qualifizierter Mehrheit, wenn er angerufen wird. Einfluß auf die Beratung oder Entlassung der Reichsregierung soll dem gemeinschaftlichen Landtag nicht zustehen.

Nach den weiteren Ausführungen des Ausschusses ist der Reichsrat

beizubehalten. Dr. Brecht macht dazu den Sondervorschlag, daß ein Drittel der Stimmen der preussischen Länder der Reichsregierung zufallen sollen.

Die Denkschrift führt ferner aus, daß eine Vermehrung der Abgeordnetenzahl des Reichstages zu erwägen ist, und zwar mit Rücksicht auf die ihm neu zufallenden Aufgaben, namentlich, wenn ihm im Falle der Aufhebung des preussischen Landtages (Vorschlag a) des Kap. 4) die gesamte zusätzliche Gesetzgebung für die Länder neuer Art übertragen werden. Eine solche Vermehrung würde es im Ergebnis ermöglichen, daß der preussische Landtag zum Teil mit dem Reichstag verschmolzen wird.

Von besonderem Interesse sind noch die folgenden Schlusssatzungen des Berichtes:

Für die Rückwirkung dieser Vorschläge auf die übrigen Länder

ergibt sich die Frage, ob außer den beiden vorgeschlagenen Hauptformen für die Organisation der Länder noch Zwischenformen empfohlen werden sollen. Die Verfasser haben auf eine nähere Erörterung hierüber zunächst verzichtet, da diese Frage zu sehr mit der Zuständigkeitsverteilung verbunden ist. Sie sind sich aber einig, daß es nicht ausgeschlossen sein sollte, einem hinreichend großen Lande alter Art, das weder die Organisationsform nach 1 (d. h. die preussischen Länder) annimmt, noch in der den alten Ländern gelassenen Organisationsform beharren will, unter Umständen eine Zwischenform zu gestatten, oder bei der Neubildung eines Landes eine solche Zwischenform zu wählen. Für diesen Fall müßten besonderer Vorschläge gemacht werden, die sich in den Rahmen der Gesamtorganisation einpassen. In allen Fällen, wo die Zuständigkeitsverteilung mit derjenigen bei den Ländern nach 1 übereinstimmt, sollte jedoch möglichst auch die Organisationsform dieser Länder Anwendung finden.

Sachsen und die sächsischen Länder werden weiterhin von politischen Regierungen verwaltet, die durch die Landesparlamente im Amte bestätigt und abgesetzt werden.

Die Hansestädte könnten ohne Rücksicht darauf, ob die nach territorialer Untergliederung (exter Unterausschuß) und Abgrenzung der Zuständigkeiten (Referat 1) als solche die Eigenschaft besonderer Länder haben sollten, für ihre Stadtverwaltung die besondere Organisation (Senat, Bürgererschaft) und auch künftig eine gewisse Selbstbestimmung über diese Organisation, sowie als Städte Stimmen im Reichsrat behalten.

Vorbehalte Preußens und Württembergs

Das Gutachten enthält an einer Reihe von Stellen Varianten, die hauptsächlich von dem preussischen Referenten Dr. Brecht herkommen, vorerst eine stärkere Zusammenfassung der neuen norddeutschen Länder anstreben, um den Übergang vom geltenden dualistischen zum neuen einheitlichen System zu erleichtern.

Der württembergische Staatspräsident Holz, der dem Zentrum angehört, hat seine Zustimmung davon abhängig gemacht, daß eine klare, dauerhafte Zuständigkeitsregelung zwischen dem Reich und den bisherigen Ländern eintritt, daß weiter die den alten Ländern aus eigenem Recht verbliebenen staatlichen Hoheitsrechte (Justiz, innere Verwaltung, Wirtschaft und Kulturverwaltung) keinen weiteren Abbruch mehr erleiden und durch ausdrückliche Klauseln in der Verfassung dagegen gesichert werden, schließlich, daß ein Finanzausgleich zustandekommt, der dem Bestand der alten Länder Rechnung trägt.

Professor Meißner 7. Kurz vor Vollendung seines 80. Lebensjahres ist der langjährige Direktor der Preussischen Staatsbibliothek in Berlin, Professor Dr. Heinrich Meißner, gestorben. Meißner trat nach Abschluß germanistischer, historischer und geographischer Studien in den Dienst der Königl. Bibliothek, deren Beamtenkörper er seit 47 Jahren angehört hat. An der Spitze der Bibliothek hat er 20 Jahre lang gestanden.

Im Stettiner Fememordprozeß beantragte der Oberstaatsanwalt Sah gegen den Hauptangeklagten Heines wegen Mordes die Todesstrafe, das jedoch, von einer Überlennung des bürgerlichen Ehrenrechtes Abstand nehmen zu wollen. Gegen die anderen Angeklagten Justizhausstrafen von drei bis vier Jahren, gegen einen Angeklagten Freisprechung. Er richtete im übrigen die Bitte an das Gericht, daß dieses von sich aus ein Gnadengesuch an die höhere Instanz befürworten möge.

250 Tote bei der französischen Rheinlandbesetzung. Pariser Meldungen zufolge wird es demnach in der französischen Kammer zu einer großen Debatte anlässlich der Interpellationen über die zahlreichen Todesfälle in den französischen Rheinlandbesetzungen kommen. Insgesamt sind mehr als 250 Soldaten in Trier, Landau, Koblenz und anderen kleinen Garnisonen binnen weniger Wochen gestorben. Wachtposten wurden tot in den Schilderhäusern aufgefunden und Schwerkranke blieben tagelang ohne ärztliche Behandlung.

Schwere Zwischenfälle in Französisch-Marokko. Zwischenfälle ereigneten sich dem „Matin“ zufolge im Lager Min-Bordja bei Casablanca zwischen marokkanischen Schützen und Artilleristen. Die Schützen griffen einen Artillerieposten an, und es entspann sich ein Gefecht. Ein Unteroffizier des Artillerieregiments wurde getötet, und viele Verletzte blieben auf dem Platze. Das Bataillon Senegalesen wurde auf einen Dampfer verladen, um nach Frankreich zurückgebracht zu werden.

Im Reichskabinett wurden am Montag die landwirtschaftlichen Beratungen fortgesetzt. Die Erhebungen der besonderen Rolle in Ostpreußen stehen vor dem Abschluß.

Die beiden russischen Eisbrecher, welche zwei deutsche Ozeanforschungsschiffe eingeholt haben, sind jetzt beauftragt worden, den Kaiser-Wilhelm-Kanal aufzubrechen.

Zu der Kriegsanleihebetragssäffäre hat die Berliner Staatsanwaltschaft nunmehr auch die zweite Anklageschrift, die sich gegen den Bankier Klemens Kuhnert und den Kaufmann Dunkelblum aus Wien richtet, fertiggestellt. Der Prozeß soll nach Abschluß der Verhandlung gegen Hugo Stinnes vor einer Sonderabteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte stattfinden.

Der König von England verbrachte am Montag zum erstenmal seit vier Monaten kurze Zeit im Freien. Er wurde bei schönstem Wetter und völliger Bindstille in einem Rollstuhl in den Park von Craigville House in Wogor gefahren.

Die Lage in Afghanistan. Aus Bombay berichtet man, daß nach Schluß der Feiern des Namadan die Feindseligkeiten in Afghanistan am Mittwoch wieder aufgenommen werden dürften. Aman Allah soll eine Armee von 60 000 Mann haben, während Dado Salao sich in Kabul mit 8000 Mann und Maschinengewehren gut eingerichtet hat.

Badischer Teil

Eisbericht

Die Bad. Wasser- und Straßenbauverwaltung Karlsruhe teilt mit:

Nachdem am Abend des 10. März der Eisabgang des Neckars unterhalb Nieselhausen bei der Stifftsmühle und unterhalb der alten Brücke bei Heidelberg zum Stehen gekommen war, hatte sich für beide Stellen ein kritischer Zustand ergeben...

Eine vom Kocher und der Jagst her erwartete Anschwellung brachte das Eis am 11. März gegen 18.15 Uhr bei Schlierbach und 20 Minuten später auch bei Heidelberg in Bewegung...

Der Eisabgang am Main hat stellenweise eingeseht, steht jedoch noch in der Hauptsache bevor.

Die Schiffahrt auf dem Rhein zu Berg und zu Tal ist wieder aufgenommen.

Wiedereröffnung des Schiffsverkehrs

Die großen Schiffsahrtsgesellschaften teilen in Kürze durch Rundschreiben ihrer Kundenschaft mit, daß die Güterannahme für den Schiffsverkehr wieder eröffnet ist.

Geh. Rat Nehbod reist nach Amerika

Geh. Oberbaurat Prof. Dr.-Ing. Th. Nehbod in Karlsruhe reist auf Grund einer Einladung von dem Massachusetts Institute of Technology nach Boston, um dort einen Zyklus von Vorträgen zu halten.

Aus den Parteien

Abg. Dr. Köhler zur Steuerpolitik

Am Sonntag sprach im überfüllten Rittersaal in Schwetzingen der frühere Reichsfinanzminister Dr. Köhler über aktuelle politische Fragen, wobei er besonders Steuerfragen behandelte.

Dr. Köhler kritisierte das totale Veragen des Reichsrats bei der Beratung der Steuerentwürfe und kam auf die Kritik des Parlamentarismus zu sprechen.

Tarifbewegung in der Schwarzwalder Uhrenindustrie

Die Donaufschingen, 12. März. Der Verband der Uhrenindustrie und verwandter Industrien des Schwarzwaldes hat das zur Zeit bestehende Lohnabkommen auf den 31. März 1929 gekündigt.

Die Zahl der in der letzten Zeit in Frankreich verhafteten Bankiers ist auf 166 gestiegen. Es handelt sich in den meisten Fällen um betrügerische Bankrotte...

In Buenos-Aires sind das Gebäude der deutschen Zeitung 'Argentinisches Tageblatt' und mehrere angrenzende Häuser durch eine Feuersbrunst zerstört worden.

Aus der Landeshauptstadt

Geh. Postrat Hennemann 4. Kurz vor Vollendung seines 90. Lebensjahres ist Geheimrat Postrat a. D. Karl Hennemann verschieden.

Babisches Landestheater. Der Hochspielplan unserer Oper bringt am heutigen Dienstag, den 12. März, eine Wiederholung der Oper 'Die Insel der Toten'...

Wetternachrichtendienst der Babischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Durch fortwährenden Druck ist die gegen Mitteldeutschland gerichtete Tiefdruckrinne aufgefüllt worden...

Kurze Nachrichten aus Baden

13. Mannheim, 11. März. Am Montagabend wurde im Gewerbeamt ein Prozeß, der von der Bevölkerung mit großer Spannung während seiner ganzen Dauer verfolgt wurde...

13. Mannheim, 10. März. Zu den Prüfungen am Ende des Wintersemesters der Handelshochschule 1928/29 waren 52 Kandidaten zugelassen. Bestanden haben 44 Kandidaten.

13. Wiesloch, 12. März. Die Tonwarenindustrie hat vom Samstag ab ihr Werk voraussichtlich auf 8 Tage stillgelegt, da infolge der Kälte die Tongruben eingefroren sind...

13. Durlach, 12. März. Am Sonntagvormittag wurde in der Wandererherberge in Durlach ein 51jähriger Tagelöhner von Stuttgart vorläufig festgenommen...

13. Tittler, 12. März. Die Mietensteuerverhältnisse der Feldberggalden reflektierte die Sonne in einem Ausmaß, daß z. B. die Weingeistfäule des Thermometers am 'Feldberger Hof' nur 45 Grad Wärme zeigte...

13. Emmendingen, 11. März. Die Zeugeneinvernahme wurde heute vormittag im Methylnaloholprozeß fortgesetzt, ohne daß aber wesentlich Neues dabei zutage kam.

13. Seggen (Am Waldshut), 11. März. Hier wurde am Montag früh der Landwirt Adam Eugler, der im Jahre 1921 aus Württemberg zugewandert war...

Die Zahl der in der letzten Zeit in Frankreich verhafteten Bankiers ist auf 166 gestiegen. Es handelt sich in den meisten Fällen um betrügerische Bankrotte...

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with exchange rates for various cities: Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Wien, Prag. Columns for 9. März and 11. März.

Sinner A.-G. in Karlsruhe-Grünwinkel. Der Bericht über das dreiundvierzigste Geschäftsjahr führt u. a. aus: Das Wirtschaftsjahr 1928 verlief im gewohnten Gleise...

Annahme des Zwangsvergleichs im Konkurs Gebrüder Himmelsbach A.-G. In Sachen des Konkurses der Firma Gebr. Himmelsbach fand am Montag im Amtsgericht zu Freiburg eine Gläubigerversammlung statt...

Das Kraftwerk Laufenburg (Schweiz) erzielte für das Geschäftsjahr 1928 einen Reingewinn von 2 123 000 Franken gegen 2 028 000 Franken im Vorjahre.

Opel-Generalmotors. Zu den Meldungen, die Familie Opel habe mit der Gruppe General-Motors endgültig abgeschlossen - sogar der Preis wird genannt - erzählt die 'Frankf. Ztg.'...

Beim Fluchtversuch aus dem Frauengefängnis des Berliner Polizeipräsidiums ist die 33 Jahre alte Josefina Jagelle Montagabend gegen 12 Uhr tödlich verunglückt.

Die Jagelle stürzte vom 4. Stock auf die Straße und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß sie bald darauf verschied.

Ein Teil der von Radkersburg (Kärnten) nach Ober-Radtlersburg in Jugoslawien führenden Holzbrücke über die Drau, in deren Mitte die Staatengrenze liegt, ist eingestürzt.

FÜR FRÜHJAHR: Damenstoffe, Herrenanzugstoffe

empfiehlt in enorm großer Auswahl

Wilh. Braunagel Herrenstraße 7

Staatsanzeiger

Die Befetzung des Landesversicherungsamts
Das Staatsministerium hat unter dem 26. Februar 1929 den
Oberlandesgerichtsrat bzw. Landgerichtsdirektor Peter Holtin-

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw.
der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Besetzt:

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:
Der Dozent an der Technischen Hochschule Karlsruhe Dr.-
Ing. e. h. Dr. Robert Haas zum ordentlichen Honorarprofes-

Ministerrat angeheft:

Strassenwärter Sigmund Wenger in Welschingen.
Besetzt:
Baupinspektor Ernst Jänichen in Schwiebingen zum Kultur-

Regierungsrat Jung
zum Gendarmerieoberstleutnant ernannt

Sein Wert

Handbuch
Gendarmerie und Polizei
Badens

Herausgegeben mit Ermächtigung des Ministeriums des Innern
284 Seiten Preis 5 RM. in Leinen geb.

ist nach dem Urteil der Fachleute
das Lehr- und Nachschlagewerk für alle Vorgesetzten und deren Quellen, die
der öffentliche Sicherheitsbeamte in Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit in
Stadt und Land unbedingt kennen muß.

Es urteilen die Bürgermeister von:
Triburg: Ebenso praktisch wie handlich und infolge seiner alphabetischen Zusammen-
stellung ein vorzügliches Auskunft- und Nachschlagewerk der Ausübung
des täglichen Dienstes. Bei den vielen Anforderungen des Sicherheits-

überlingen: Das Handbuch ist ein prächtiges Lehr- und Nachschlagewerk und sollte
dieses m. E. bei keiner Gemeindeverwaltung fehlen. Aber auch jede
Gemeindepolizei, die auf Ausbildung und Fortbildung Bedacht ist, sollte
dieses Buch besitzen.

Schwiebingen: Eine Fundgrube auf allen Gebieten der für die Gemeindepolizei
einzelhändigen Gehebe- und Verordnungen. Die Anschaffung kann jedem
Bürgermeister zum Gebrauche für sich und die ihm unterstellten Polizei-
beamten aufs lebhafteste empfohlen werden.

Die Presse:
Neue Badische Landeszeitung, Mannheim: Das Publikum aber — das Publikum,
das die schlichtere, selbstverständliche Arbeit des Sicherheitsbeamten ohne
rechtlich überlegen gelehrt, würde aus diesem Handbuch erkennen, welche
Anforderungen auch an das Wissen, die Ausübung des Sicherheitsdienstes
mit seinen dem Leben entzührenden Aufgaben stellt.

Karlsruher Tagblatt: Die Arbeit wird den Beamten mit ein Werkzeug geben,
das kein zu können, was der neuzeitliche Polizeibegriff von ihnen ver-
langt: moderne Gendarmerie- und Polizeibeamte, die allen an die sie
herantretenden Anforderungen des ihnen anvertrauten Sicherheitsdienstes
recht zu werden in der Lage sind.

Berlag O. Braun in Karlsruhe

Oeffentliche Sparkasse Achern

Bilanz auf 31. Dezember 1928

Table with columns: Vermögen (Assets), Verbindlichkeiten (Liabilities). Rows include: 1. Kassenbestand, Guthaben bei Banken, Wechsel, Hypothekendarlehen, Darlehen in laufender Rechnung, Darlehen auf Schuldschein, Grundstückskaufgelder, Lombarddarlehen, Darlehen an Gemein- den, Einnahmerrückstände, Gebäude, Aufwertungs- forderungen, Aufwertungs- abrechnungskonto, Gerätschaften.

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 2 863 381,71 RM 229 070,48 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres . . . 139 348,78 RM
Somit weniger 89 721,70 RM

Achern, den 5. März 1929.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Der Geschäftsführer:

Bauarbeiten - Vergabung.

Nach Ver. des Min. der
Fin. vom 20. Jan. 28 für
den Neubau eines Beam-
tenwohnhauses in Heidel-
berg öffentlich zu vergeben:
Erd-, Maurer-, (beil.
480 cbm Backsteinmauer-



Badisches Landes-Theater

Mittwoch, 13. März
* B 19. Th.-Gem. 301-450

Lartiff

Auffspiel von Molliere
Regie: Baumbach

Gganarell

Auffspiel von Molliere
Regie: Baumbach

Die große Hebammen-

lust, 19. März, Vocaccio

Die große Hebammen-

lust, 17. März, Vocaccio

Die große Hebammen-

lust, 16. März, Vocaccio

Die große Hebammen-

lust, 15. März, Vocaccio

Die große Hebammen-

lust, 14. März, Vocaccio

Die große Hebammen-

lust, 13. März, Vocaccio

Die große Hebammen-

lust, 12. März, Vocaccio

Die große Hebammen-

lust, 11. März, Vocaccio

Die große Hebammen-

lust, 10. März, Vocaccio

Die große Hebammen-

lust, 9. März, Vocaccio

Die große Hebammen-

lust, 8. März, Vocaccio

Ziehungsliste
Der Lotterie beim Pferdemarkt zu
Donaueschingen am 8. März 1929

Large table listing lottery results with columns for various prize classes (Kategorie) and their respective numbers.

Colosseum
Monat März
täglich 8 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr
Schwitz-
Weißweiler
die besten Komiker
Die
türkischen
Gurken

Antilige Ziehungslisten sind bei allen Rosvertauschstellen kostenlos einzusehen
oder zu 15 Pf. käuflich zu haben. Die Gewinne stehen vom Ziehungstage an auf
Rechnung und Gefahr der Gewinner und werden dem Vorzeiger des Gewinnlosel
gegen dessen Rückgabe in natura ausgeliefert. Die Gewinne sind bis zum 15. April
1929 in Empfang zu nehmen. Nach dieser Frist verliert jeder Anspruch des Gewinners.
Wegen Zuwendung oder Verkauf der Gewinne werde man sich an das Bürgermeis-
teramt (Rosvertriebsstelle) Donaueschingen, wohin auch alle Gewinnlosse einzusenden
sind. Ledbare Unterschrift und Angabe von Post- und Bahnstation sind erforderlich.
Pferde und Fohlen gehen mit dem Vollzug der Ziehung in das Eigentum der Gewinner
über. Diese übernehmen die Pflichten als Tierhalter im Sinne des Gesetzes. Für
etwaige Fehler bei Pferden haftet der Lieferant dem Gewinner nach Vertrag und Gesetz.
Pferde, deren Gewinner sich nicht innerhalb 10 Tagen nach der Ziehung gemeldet
haben, werden auf Rechnung der Gewinner veräußert. Für Gewinne im Werte
von 50 RM und darüber werden etwaige Verpackungskosten berechnet. Alle Sendungen
erfolgen unfrei auf Gefahr des Gewinners.
Donaueschingen, den 8. März 1929.
Bürgermeisteramt.